Stadt Bergisch Gladbach Der Bürgermeister

Datum
03.11.2009
Ausschussbetreuender Fachbereich
Angelegenheiten der Gemeindeverfassung
Schriftführung
Christian Ruhe
Telefon-Nr.
02202-142237

Niederschrift

Hauptausschuss Sitzung am Donnerstag, 24.09.2009

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51427 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:07 Uhr - 19:28 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

- A Öffentlicher Teil
- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung öffentlicher Teil
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses am 18.06.2009 öffentlicher Teil 0421/2009
- 4. Mitteilungen des Bürgermeisters
- 5. Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen
- 5.1 Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 2 GO NRW über die Genehmigung einer Dienstreise der Mitglieder des Seniorenbeirates Hermann Becker, Käthe Berghausen, Eva Marie Beisner, Rainer Möller und

Ursula Stöcker nach Köln

0414/2009

5.2 Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung, hier: Dienstreise des sachkundigen Bürgers Hans-Werner Bierganns nach Bielefeld
0435/2009

6. Fortentwicklung der Stadtverkehrsgesellschaft zur Gesellschaft für Stadtentwicklung und Verkehr 0422/2009

- 7. Beabsichtigte Erweiterung der Geschäftsfelder der GL Service gGmbH 0375/2009
- 8. Neufassung der Zuständigkeitsordnung der Stadt Bergisch Gladbach über die Verteilung von Entscheidungsbefugnissen des Rates auf die Ratsausschüsse und die Bürgermeisterin/den Bürgermeister 0406/2009
- 9. Integrationskonzept der Stadt Bergisch Gladbach Zugewanderte 193/2009/1
- 10. Integrationsbeirat
- **10.1 Bericht aus dem Integrationsbeirat** 0429/2009
- **Neuwahl des Integrationsbeirates** 0428/2009
- 11. Ortsrechtliche Regelungen für den Seniorenbeirat der Stadt Bergisch Gladbach 229/2009
- 12. Anträge der Fraktionen
- 13. Anfragen der Ausschussmitglieder

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. <u>Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit</u>

Die stellvertretende Vorsitzende des Hauptausschusses, Frau Beisenherz-Galas, eröffnet die 27. Sitzung des Hauptausschusses in der siebten Wahlperiode. Sie stellt fest, dass der Hauptausschuss ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist.

Für die Sitzung sind Frau Hammelrath, Herr Hoffstadt (beide SPD), Herr Dr. Baeumle-Courth (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) und Frau Koshofer (FDP) entschuldigt. Sie werden vertreten durch Herrn Dr. Miege, Herrn Kleine (beide SPD), Herrn Ziffus (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) und Herrn Dr. Fischer (FDP).

Von Seiten der Verwaltung haben sich Frau Fahner, Herr Kreilkamp und Herr Bürgermeister Orth für die heutige Sitzung entschuldigt.

Herr Waldschmidt erläutert, es sei nicht erforderlich gewesen, die heutige Sitzung des Hauptausschusses sowie die Sitzung des Rates am 29.09.2009 einzuberufen. Dies sei ihm auch vom Kämmerer bestätigt worden. Er könne die entsprechenden Anträge zur Einberufung der Ratssitzung insbesondere aus finanziellen Gründen nicht nachvollziehen. In der Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses am 22.09.2009 seien nahezu alle Tagesordnungspunkte vertagt worden, was für die Sitzung des Rates wohl auch zu erwarten sei.

Herr Lang schließt sich dieser Auffassung an.

Herr Mömkes, Herr Ziffus und Herr Dr. Fischer entgegnen, die Tagesordnung der Sitzung des Rates enthalte viele Tagesordnungspunkte, die ohne weiteres noch in der laufenden Wahlperiode beschlossen werden könnten. Der Rat solle zudem nicht einfach auseinander gehen, nur weil eine Kommunalwahl stattgefunden habe. Gerade vor dem Hintergrund der derzeitigen Haushaltssituation solle der Rat wichtige Entscheidungen nicht aufschieben. Der Sitzungstermin solle daher aufrechterhalten werden.

Herr Nagelschmidt ergänzt, die eigentliche Ursache der Problematik sei die Abwesenheit des Bürgermeisters.

Dem widerspricht Herr Waldschmidt. Im Vorfeld der Sitzung seien sich CDU-Fraktion, SPD-Fraktion und die Verwaltungsleitung einig gewesen, dass die Ratssitzung ausfallen könne, da die Beschlüsse auch in der Oktobersitzung gefasst werden könnten. Daran habe sich bis heute sachlich nichts geändert.

Herr Schmickler weist darauf hin, seit der von Herrn Waldschmidt benannten Besprechung sei die Tagesordnung der Sitzung noch um einige Punkte erweitert worden. Die Gemeindeordnung sehe zudem vor, alle zwei Monate eine Ratssitzung einzuberufen. Es gebe in der seit langem terminierten Sitzung am 29.09.2009 wichtige Beschlüsse zu fassen. Zudem habe eine Fraktion die Einberufung der Sitzung beantragt und einem solchen Antrag müsse der Bürgermeister folgen. Er gibt zu bedenken, dass es auch sinnvoll sei, die konstituierende Ratssitzung so weit wie möglich von den Beschlüssen zu entlasten, die bereits am 29.09.2009 gefasst werden können, da in der konstituierenden Sitzung viele Formalitäten zu erledigen seien.

Herr Schütz weist darauf hin, dass er schon immer die Auffassung vertreten habe, dass grundsätzlich sechs Ratssitzungen pro Kalenderjahr terminiert werde sollten. Die Verwaltung habe jedoch zumeist nur fünf Sitzungen terminiert, die dann im Laufe des Jahres durch "Sondersitzungen" ergänzt wurden. Er bittet die Verwaltung, künftig mindestens sechs Ratssitzungen pro Jahr zu terminieren.

Frau Beisenherz-Galas benennt daraufhin die für die Sitzung relevanten Unterlagen:

- die Einladung vom 14.09.2009 mit den dazugehörigen Vorlagen.

Frau Beisenherz-Galas schlägt vor, TOP A 6 (Vorlage 0422/2009, Fortentwicklung der Stadtverkehrsgesellschaft zur Gesellschaft für Stadtentwicklung und Verkehr) von der Tagesordnung abzusetzen, da der Finanz- und Liegenschaftsausschuss in seiner Sitzung am 22.09.2009 die Beratung der Vorlage in die neue Wahlperiode vertagt habe.

Mit diesem Vorschlag zeigt sich der Hauptausschuss einvernehmlich einverstanden.

2. <u>Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil</u>

Die Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses am 18.06.2009 - öffentlicher Teil - wird genehmigt.

3. <u>Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses am 18.06.2009 - öffentlicher Teil - 0421/2009</u>

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Schmickler: Stellungnahme des Ersten Beigeordneten zu Zitaten in der Berichterstattung in einer örtlichen Tageszeitung zu einer Regionale-Veranstaltung

Herr Schmickler erläutert, er sei in der Berichterstattung zu einer Regionale-Veranstaltung in einer örtlichen Tageszeitung falsch zitiert worden. So seien Aussagen, die er jemandem persönlich gegenüber gemacht habe, auf die ganze Stadt, und Aussagen, die er nur zum Zustand der Strunde gemacht habe, auf alle Regionale-Projekte übertragen worden. Von diesen Zitaten distanziere er sich ausdrücklich.

Auf Nachfragen konkretisiert Herr Schmickler seine Mitteilung. Er habe die ihm von der Tageszeitung zugeschrieben Äußerung "Wer nicht für die Projekte der Regionale ist, der hat in Bergisch Gladbach nichts verloren", nie gemacht und würde sie auch nie machen. In dem persönlichen Gespräch habe er in Bezug auf die Strunde gesagt, der derzeitige Zustand der Strunde müsse dem Angesprochenen doch im Herzen wehtun und daher müsse er die Projekte zur Verbesserung des Zustandes doch unterstützen, und dies auch vor dem Hintergrund rechtlicher Verpflichtungen in Bezug auf den Hochwasserschutz.

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

5. <u>Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen</u>

5.1 Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 2 GO NRW über die Genehmigung einer Dienstreise der Mitglieder des Seniorenbeirates Hermann Becker, Käthe Berghausen, Eva Marie Beisner, Rainer Möller und Ursula Stöcker nach Köln

0414/2009

Der Hauptausschuss fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Dringlichkeitsentscheidung über die Genehmigung der Dienstreise der Mitglieder des Seniorenbeirates Hermann Becker, Käthe Berghausen, Eva Marie Beisner, Rainer Möller und Ursula Stöcker nach Köln am 07.09.2009 wird hiermit genehmigt.

5.2 <u>Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung, hier: Dienstreise des sachkundigen Bürgers Hans-Werner Bierganns nach Bielefeld</u> 0435/2009

Der Hauptausschuss fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Absatz 2 GO NRW über die Genehmigung der Dienstreise des sachkundigen Bürgers Herrn Hans-Werner Bierganns am 09.09.2009 nach Bielefeld zur Teilnahme an dem Fachkongress des Städtenetzwerkes NRW "Worauf Familien sich verlassen können - Dienstleistungen für den Haushalt" wird hiermit genehmigt.

6. <u>Fortentwicklung der Stadtverkehrsgesellschaft zur Gesellschaft für Stadtentwicklung und Verkehr</u>

0422/2009

Die Beratung des Tagesordnungspunktes wurde vertagt.

7. <u>Beabsichtigte Erweiterung der Geschäftsfelder der GL Service gGmbH</u> 0375/2009

Herr Mumdey erläutert, die Verwaltung habe in der Angelegenheit eine Mitteilungsvorlage erstellt, da es sich um eine wichtige Angelegenheit aus einer Gesellschafterversammlung handele. Wenn zu der Vorlage kein Beschluss gefasst werde, seien die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung in ihrem Handeln frei; dies sei anders, wenn der Hauptausschuss heute einen Beschluss fasse.

Herr Kleine weist auf Projekte in anderen Städten hin, in denen die Sperrmüllabfuhr anders als in Bergisch Gladbach erfolge. Die abzuholenden Möbel würden in der Wohnung der Besitzer durch die Sperrmüllabfuhr begutachtet. Sofern es sich um wiederverwertbare Möbel handele, würden diese von der Sperrmüllabfuhr abgebaut und in ein Gebrauchtmöbellager verbracht und ansonsten direkt dem Sperrmüll zugeführt. Dies habe zum einen positive Effekte auf das Stadtbild; zum anderen könnten die Möbel, die mit dieser Methode nicht der Witterung ausgesetzt werden, wiederverwertet und an Bedürftige abgegeben werden.

Herr Mömkes fragt zu Seite 10 der Vorlage, was die Abkürzung "AGH" bedeute und ob auf die Stadt gegebenenfalls Ausgaben zukämen, die sie nicht leisten könne.

Herr Mumdey antwortet, die Abkürzung bedeute "Arbeitsgelegenheiten". Das Gebrauchtmöbellager sei kein "Zuschussgeschäft". Das Eingliederungsprojekt "Stand Up" sei nach § 27 SGB VIII eine Pflichtaufgabe der Stadt.

Herr Dr. Kassner ergänzt, das Projekt "Stand Up" habe eine große Bedeutung und einen hohen Qualitätsstandard. Er empfehle dringend, das Projekt zu fördern. Er beantragt, die Mitteilungsvorlage als Beschlussvorlage zu behandeln und die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung anzuweisen, im Sinne der Vorlage zu handeln.

Der Hauptausschuss nimmt den Antrag einstimmig an.

8. Neufassung der Zuständigkeitsordnung der Stadt Bergisch Gladbach über die Verteilung von Entscheidungsbefugnissen des Rates auf die Ratsausschüsse und die Bürgermeisterin/den Bürgermeister 0406/2009

Herr Lang hält Ziffer 2. des Beschlussvorschlages für unzulässig. Eine Satzung könne nur durch den Satzungsgeber berichtigt werden. Er fragt, ob es nicht sinnvoll sei, die Neufassung der Zuständigkeitsordnung dem neuen Rat zu überlassen.

Herr Schmickler entgegnet, die Zuständigkeitsordnung sei keine Satzung. Die Formulierung zu Ziffer 2. des Beschlussvorschlages entspreche einer früher langjährig üblichen Regelung, die das Verfahren vereinfachen solle. Es stehe dem Hauptausschuss frei, dies zu beschließen oder nicht.

Herr Mömkes erläutert, es sei sinnvoll, die Änderung der Zuständigkeitsordnung schon jetzt zum Ende der laufenden Wahlperiode zu beschließen. Er beantragt die folgenden Änderungen: Die Angelegenheiten des Wohnungswesens (§ 5 Absatz 2 Ziffer 2.) und der Gleichstellung von Mann und Frau (§ 8) sollten in den Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung und Integration (§ 6) verlagert werden.

Herr Waldschmidt spricht sich gegen eine Zusammenlegung von Haupt- und Finanzausschuss aus. Die Sitzungen des Finanzausschusses seien dafür zu umfangreich; dies werde sich auf Grund der derzeitigen Haushaltslage künftig noch verstärken. Der Vergabeausschuss solle eigenständig beibehalten werden, da er in der Vergangenheit nahezu jeden Monat einberufen worden sei. Diese wichtigen Beschlüsse sollten künftig nicht durch Dringlichkeitsentscheidungen ersetzt werden müssen. Die von Herrn Mömkes beantragte Auflösung des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann werde die SPD-Fraktion nicht mittragen.

Dieser Punkt wird auch von Herrn Ziffus unterstützt. Der Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann könnte jedoch auch mit sozialer Sicherung und Integration befasst werden. Der Infrastrukturausschuss (§ 10) sei faktisch ein Betriebsausschuss und müsse auch so benannt werden. Die Zuständigkeit des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr (§ 14) müsse ergänzt werden um die Beratung von Umweltstellungnahmen in der Bauleitplanung - was auch zu einer erheblichen Entlastung des Planungsausschusses führen würde -, aller Gewässerbaumaßnahmen und des Bodenschutzes. Er halte es auf Grund des Diskussionsbedarfs für sinnvoll, eine Entscheidung über die Zuständigkeitsordnung erst in der Sitzung des Rates am 27.10.2009 zu treffen.

Herr Kleine zeigt sich irritiert darüber, dass die Verwaltung einen Vorschlag zur Optimierung der Ratsarbeit unterbreitet. Dies sei allein Sache der Ratsmitglieder. Die Möglichkeit der Zusammenlegung von Haupt- und Finanzausschuss werde in der Regel nur von kleinen Gemeinden wahrgenommen; getrennte Ausschüsse seien nach der Gemeindeordnung NRW als Nor-

malfall vorgesehen. Die Zuständigkeitsordnung sei in ihrer jetzigen Form eine gewachsene Struktur, die nicht derart gravierend geändert werden solle.

Auch Herr Hagen spricht sich grundsätzlich gegen die Installierung von "Mammutausschüssen" aus, was dazu führen würde, dass der Umfang der Tagesordnungen zu groß werde. Der Vergabeausschuss sei ein wichtiges Kontrollorgan des Rates und seine Aufgaben sollten auch aus sitzungsökonomischen Gründen keinem anderen Ausschuss zugeordnet werden. Dem werde er nicht zustimmen

Herr Dr. Fischer zeigt sich verwundert über die ablehnende Haltung der Ausschussmitglieder. Die zur heutigen Sitzung vorgelegte Änderung der Zuständigkeitsordnung sei von den Fraktionsvorsitzenden im Vorfeld beraten worden und es habe eine relativ breite Übereinstimmung gegeben. Die FDP-Fraktion wolle dem Vorschlag daher auch heute im Grundsatz zustimmen. Haupt- und Finanzausschuss sollten zusammengelegt werden. Es sollten jedoch noch Änderungen vorgenommen werden. § 5 Absatz 1 Ziffer 5. solle ergänzt werden um die Formulierung "Anträge und Vorlagen sowie ortsrechtliche Regelungen mit finanziellen Auswirkungen auf den allgemeinen Haushalt bzw. mit Auswirkungen auf städtische Beteiligungen, (...)". Auch die FDP-Fraktion halte die Bezeichnung "Betriebsausschuss" für besser als die Bezeichnung "Infrastrukturausschuss". Die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung sei so eng mit dem allgemeinen Haushalt verknüpft, dass eine Vorberatung auch im Haupt- und Finanzausschuss - und nicht nur im Infrastruktur-/Betriebsausschuss - nötig sei. Angelegenheiten des Wohnungswesens (§ 5 Absatz 2 Ziffer 2.) sollten der Zuständigkeit des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung und Integration (§ 6), Grundsätze der Wirtschaftsförderung (§ 6 Absatz 2 Ziffer 4.) dem Haupt- und Finanzausschuss (§ 5) zugeordnet werden. Der Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann (§ 8) solle aufgelöst und seine Aufgaben ebenfalls dem Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung und Integration (§ 6) zugeordnet und der Vergabeausschuss entweder beibehalten oder als Unterausschuss dem Infrastruktur-/Betriebsausschuss (§ 10) angebunden werden. Den Vorschlägen von Herrn Ziffus zur Zuständigkeit des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr (§ 14) könne die FDP-Fraktion im Grundsatz folgen.

Herr Schütz erläutert, die KIDitiative werde sich bei der Abstimmung darüber, Haupt- und Finanzausschuss zusammenzulegen oder nicht, enthalten. Den Antrag, den Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann mit dem Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung und Integration zusammenzulegen, werde die KIDitiative unterstützen.

Frau Kreft beantragt eine Vertagung der Beratungen.

Herr Mömkes spricht sich gegen diesen Antrag aus. Es sei notwendig, die Änderung der Zuständigkeitsordnung zu beschließen, damit die Ausschüsse in der konstituierenden Ratsitzung besetzt werden könnten. Über die Änderungsanträge könne man in der heutigen Sitzung und der Ratsitzung am 29.09.2009 abstimmen. Herr Mömkes zeigt sich verärgert über die ablehnende Haltung der SPD-Fraktion. Die Vorlage sei von Herrn Bürgermeister Orth erarbeitet worden. Der Inhalt sei der SPD-Fraktion bereits seit Mai bekannt. Bis heute habe keinerlei Dissenz bestanden.

Frau Beisenherz-Galas lässt daraufhin über den Antrag von Frau Kreft, die Beratung des Tagesordnungspunktes zu vertagen, abstimmen.

Für den Antrag stimmen insgesamt sieben Ausschussmitglieder von SPD, BfBB und aus den Reihen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN (eine Stimme). Mit neun Gegenstimmen von CDU, FDP und KIDitiative wird der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Herr Dr. Kassner erläutert, Gleichstellungs- oder Umweltangelegenheiten seien Querschnittsaufgaben, die in jedem Ausschuss behandelt werden müssten. Auch die Einrichtung eines separaten Vergabeausschusses sei entbehrlich. Die Zuständigkeitsordnung solle heute beschlossen werden, damit der neue Rat weiterarbeiten könne.

Herr Waldschmidt entgegnet auf die Äußerungen von Herrn Mömkes, die Zuständigkeitsordnung sei kein Entwurf des Bürgermeisters, sondern des Verwaltungsvorstandes. Der Entwurf sei der SPD-Fraktion - wie im Übrigen auch Herrn Mömkes - tatsächlich schon seit Mai bekannt und man habe sich kritisch damit auseinandergesetzt und dies auch gegenüber den Vorsitzenden der übrigen Fraktionen dargelegt. Die Abschaffung des Vergabeausschusses oder eine Zusammenlegung von Gleichstellungs- und Sozialausschuss werde die SPD-Fraktion nicht mittragen. Hinsichtlich einer Zusammenlegung von Haupt- und Finanzausschuss bestehe auf Grund der Haushaltssituation nunmehr eine veränderte Ausgangslage. Auch Herr Kleine spricht sich für die Einrichtung eines jeweils separaten Gleichstellungsausschusses, Vergabeausschusses, Hauptausschusses und Finanzausschusses aus. Herr Dr. Miege ergänzt, der Rat solle seine Kontrollmöglichkeiten und Kompetenzen nicht selbst einschränken und der Verwaltung übertragen.

Herr Mömkes entgegnet, die Anzahl der Ausschüsse werde mit der neuen Zuständigkeitsordnung nicht kleiner; lediglich der Gleichstellungsausschuss würde eventuell noch in den Stadtentwicklungsausschuss eingegliedert. Dies betrachte er als deutliche Aufwertung der Gleichstellungsangelegenheiten im Verfahren der politischen Entscheidungsfindung. Gleichstellungsangelegenheiten würden dann bei allen wichtigen Fragen der Stadtentwicklung, der sozialen Sicherung und Integration Berücksichtigung finden. Der Einrichtung eines Vergabeausschusses könne die CDU-Fraktion zustimmen.

Herr Zalfen beantragt, die Zuständigkeitsordnung in ihrer bisherigen Form beizubehalten. Bis zur kommenden Ratssitzung sei aus seiner Sicht keine Einigung zu erreichen.

Für diesen Antrag stimmen sieben Ausschussmitglieder von SPD, BfBB und aus den Reihen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN. Mit sieben Gegenstimmen aus den Reihen von CDU und FDP und drei Enthaltungen wird der Antrag bei Stimmengleichheit abgelehnt.

Herr Schmickler und Herr Mömkes weisen darauf hin, dass der neue Rat in der nächsten Wahlperiode die Zuständigkeitsordnung jederzeit ändern könne und daher auch über die heute benannten einzelnen Aufgabenzuweisungen entscheiden könne bzw. solle, woraufhin sich die Mitglieder des Hauptausschusses auf die folgende Abstimmungsreihenfolge über die im Beratungsverlauf beantragten oder vorgeschlagenen Änderungen einigen:

- 1. Abstimmung darüber, ob Hauptausschuss und Finanzausschuss zu einem Ausschuss zusammengefasst werden,
- 2. Abstimmung darüber, ob ein separater Vergabeausschuss eingerichtet wird,
- 3. Abstimmung darüber, ob die Aufgaben des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann in den Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung und Integration integriert werden oder nur wenn dieser weitergehende Antrag negativ entschieden wird Abstimmung darüber, ob ein Ausschuss für die

- Gleichstellung von Frau und Mann, soziale Sicherung und Integration eingerichtet wird.
- 4. Abstimmung darüber, ob die Zuständigkeit des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr erweitert wird um die Beratung von Umweltbelangen in der Bauleitplanung sowie aller Gewässerbau- und Bodenschutzmaßnahmen.

Frau Beisenherz-Galas lässt daraufhin über diese Punkte abstimmen.

Der Hauptausschuss fasst folgende Beschlussempfehlungen:

Für eine Zusammenlegung von Haupt- und Finanzausschuss stimmen sieben Ausschussmitglieder aus den Reihen von CDU, FDP und BfBB. Mit sieben Gegenstimmen von SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN wird dies bei Stimmengleichheit abgelehnt.

Der Einrichtung eines separaten Vergabeausschusses wird bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung aus den Reihen der CDU mehrheitlich zugestimmt.

Der Integrierung der Aufgaben des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann in den Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung und Integration wird mit den Stimmen von neun Ausschussmitglieder von CDU, FDP und KIDitiative bei acht Gegenstimmen von SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und BfBB mehrheitlich zugestimmt.

Der Erweiterung der Zuständigkeit des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr um die qualifizierte Beratung aller Umweltbelange im Bezug auf konkrete Baumaßnahmen oder Bauleitplanungen, die sich mit dem Bestand und der Entwicklung von Flora und Fauna oder Wirkungen von Luft, Immissionen, Grundwasser, des Bodens und des Stadtklimas auf Menschen, Tiere und Pflanzen beschäftigen, Gewässerbaumaßnahmen im Gebiet der Stadt Bergisch Gladbach und Bodenschutzmaßnahmen wird mit den Stimmen von acht Ausschussmitgliedern von SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und KIDitiative bei sechs Gegenstimmen der CDU und Enthaltung von FDP und BfBB mehrheitlich zugestimmt.

Herr Albrecht beantragt, der Hauptausschuss möge die Verwaltung beauftragen, die Beschlussempfehlungen des Hauptausschusses in den mit der Vorlage vorgelegten Entwurf einer neuen Zuständigkeitsordnung einzuarbeiten und den Ratsmitgliedern zur Ratsitzung vorzulegen.

Der Hauptausschuss nimmt den Antrag einstimmig an.

9. <u>Integrationskonzept der Stadt Bergisch Gladbach - Zugewanderte</u> 193/2009/1

Frau Beisenherz-Galas erläutert, der Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann und der Sozialausschuss hätten sich in den Sitzungen am 03.06.2009 und 24.06.2009 mit der Vorlage befasst und dem Hauptausschuss empfohlen, den ersten Teil des Integrationskonzeptes mit den folgenden Änderungen zu beschließen: Ziffer 3., letzter Satz, wird fett gedruckt ("Für das Zusammenleben ist die gemeinsame Sprache unerlässlich."). Ziffer 4., erster Satz, wird wie folgt geändert: "Der einzelne Mensch (…)". Ziffer 6., erster Spiegelstrich,

zweiter Satz, wird wie folgt umgestellt: "<u>In unserer Stadt ist kein Platz für Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Extremismus und Intoleranz.</u>". Ziffer 6., vierter Spiegelstrich, dritter Satz, wird wie folgt ergänzt: "Sprachkenntnisse sind notwendig, aber nicht <u>allein</u> ausreichend für Integration." Zudem hätten die Ausschüsse dem Hauptausschuss empfohlen, zusätzlich folgenden Beschluss zu fassen: "Es ist darauf zu achten, dass die Budgets zur Umsetzung des Integrationskonzeptes mit den Aufgaben wachsen bzw. entsprechend Drittmittel eingeworben werden."

Herr Dr. Fischer beantragt Änderungen des ersten Teiles des Integrationskonzeptes. Ziffer 3., letzter Satz, soll die Fassung "Für das Zusammenleben ist <u>eine Verständigung in Deutsch</u> unerlässlich." erhalten und fett gedruckt werden. Der von den Ausschüssen empfohlene zusätzliche Beschluss solle die folgende Fassung erhalten: "Es ist darauf zu achten, dass die Budgets zur Umsetzung des Integrationskonzeptes mit den Aufgaben <u>verträglich sind</u> bzw. entsprechend Drittmittel eingeworben werden."

Herr Dr. Kassner weist darauf hin, dass nach seiner Kenntnis die Empfehlung abgegeben worden sei, Ziffer 6., vierter Spiegelstrich, dritter Satz, wie folgt zu ergänzen: "Sprachkenntnisse sind notwendig, aber <u>allein</u> nicht ausreichend für Integration." Das Wort "allein" solle also vor dem Wort "nicht" eingefügt werden. Er beantrage, dies auch heute so zu beschließen. Er kritisiert, dass dem Ausschuss nur ein Teil des Konzeptes zur Beschlussfassung vorgelegt werde, obwohl der Konzeptentwurf bereits komplett fertig erstellt sei.

Herr Mumdey entgegnet, die Beschlussfassung über die weiteren Teile des Konzeptes sei wegen der zu erwartenden erheblichen finanziellen Folgen zurückgestellt worden.

Frau Beisenherz-Galas lässt zunächst über die Anträge der Ausschussmitglieder abstimmen.

Der Antrag von Herrn Dr. Fischer zu Ziffer 3. des ersten Teiles des Integrationskonzeptes wird mit insgesamt zehn Stimmen von CDU, FDP, BfBB sowie aus den Reihen der SPD (eine Stimme) gegen insgesamt sieben Stimmen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, KIDitiative und aus den Reihen der SPD (vier Stimmen) mehrheitlich angenommen. Ziffer 3., letzter Satz, wird damit fett gedruckt und erhält die Fassung: "Für das Zusammenleben ist eine Verständigung in Deutsch unerlässlich."

Der Antrag von Herrn Dr. Fischer zur zusätzlichen Beschlussempfehlung wird mit zehn Stimmen von CDU, FDP, KIDitiative und BfBB gegen sieben Stimmen von SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN mehrheitlich angenommen. Die zusätzliche Beschlussempfehlung erhält damit die Fassung: "Es ist darauf zu achten, dass die Budgets zur Umsetzung des Integrationskonzeptes mit den Aufgaben verträglich sind bzw. entsprechend Drittmittel eingeworben werden."

Der Antrag von Herrn Dr. Kassner zu Ziffer 6. des ersten Teiles des Integrationskonzeptes wird gegen die Stimmen der SPD und eine Stimme aus den Reihen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN mehrheitlich angenommen. Ziffer 6., vierter Spiegelstrich, dritter Satz, erhält damit die Fassung: "Sprachkenntnisse sind notwendig, aber <u>allein</u> nicht ausreichend für Integration."

Der Hauptausschuss fasst daraufhin einstimmig bei Enthaltung der KIDitiative folgenden **Beschluss**:

Dem Teil I des Integrationskonzeptes der Stadt Bergisch Gladbach - Zugewanderte - wird mit den vom Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann, Sozialausschuss und Hauptausschuss beschlossenen Änderungen zugestimmt.

Es ist darauf zu achten, dass die Budgets zur Umsetzung des Integrationskonzeptes mit den Aufgaben verträglich sind bzw. entsprechend Drittmittel eingeworben werden.

- 10. <u>Integrationsbeirat</u>
- 10.1 <u>Bericht aus dem Integrationsbeirat</u>

0429/2009

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

10.2 <u>Neuwahl des Integrationsbeirates</u>

0428/2009

Frau Beisenherz-Galas erläutert die Beschlussempfehlung des Integrationsbeirates. Der letzte Satz unter Ziffer 2. der Beschlussempfehlung ("§ 8 der Hauptsatzung wird entsprechend geändert.") müsse gestrichen werden, da eine Änderung der Hauptsatzung nur durch Satzungsbeschluss möglich sei. Ziffer 3. der Beschlussempfehlung solle dann die folgende Fassung erhalten:

3. <u>Die Verwaltung wird beauftragt, dem Rat zeitnah Entwürfe zur Änderung der Hauptsatzung und der Wahlordnung des Integrationsbeirates zur Beschlussfassung vorzulegen.</u>

Herr Dr. Fischer fragt, ob die Formulierung "die der Rat aus seiner Mitte bestellt" unter Ziffer 2. des Beschlussvorschlages bedeute, dass es sich bei den Bestellten um Ratsmitglieder handeln müsse, was von Frau Beisenherz-Galas bejaht wird. Herr Dr. Fischer hält es für sinnvoll, auch sachkundige Bürger einzubeziehen.

Herr Schmickler entgegnet unter Hinweis auf § 27 GO NRW, dass dies aus rechtlichen Gründen nicht möglich sei.

Herr Schütz beantragt, der Hauptausschuss möge dem Rat empfehlen, einen Integrations<u>ausschuss</u> zu bilden.

Herr Scherer weist auf den ausdrücklichen Wunsch des Integrationsbeirates hin, einen Integrationsrat einzurichten, da dadurch die Beteiligung von Migranten besser gewährleistet sei als in einem Integrationsausschuss, der nach der Gemeindeordnung NRW zum einen in der Mehrheit aus Ratsmitgliedern bestehen müsse. Zum anderen müsste in jeder Sitzung des Integrationsausschusses die Anzahl der Ratsmitglieder, die als Ausschussmitglieder anwesend sind, überwiegen, da der Ausschuss sonst nicht beschlussfähig sei.

Auch Herr Mömkes spricht sich gegen die Einrichtung eines Integrationausschusses aus.

Herr Lang fragt, ob die Wahl eines Integrationsrates mehr Kosten verursachen würde als die Bildung eines Integrationsausschusses durch den Rat, was von Herrn Scherer verneint wird, da in beiden Fällen eine Wahl durchgeführt werden müsse.

Für den Antrag von Herrn Schütz zur Bildung eines Integrationsausschusses stimmt Herr Schütz selbst. Mit Gegenstimmen der übrigen Hauptausschussmitglieder wird der Antrag mehrheitlich abgelehnt. Der Hauptausschuss fasst daraufhin einstimmig bei Enthaltung der KIDitiative folgende **modifizierte Beschlussempfehlung**:

- 1. In Bergisch Gladbach wird ein Integrationsrat gebildet.
- 2. Der Integrationsrat besteht aus 14 Mitgliedern, die für die Dauer der Wahlzeit des Rates nach Listen oder als Einzelbewerber gewählt werden, und 7 weiteren Mitgliedern, die der Rat aus seiner Mitte bestellt.
- 3. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Rat zeitnah Entwürfe zur Änderung der Hauptsatzung und der Wahlordnung des Integrationsbeirates zur Beschlussfassung vorzulegen.
- 4. Wahltag für den Integrationsrat ist der 7. Februar 2010.

11. <u>Ortsrechtliche Regelungen für den Seniorenbeirat der Stadt Bergisch Gladbach</u>

229/2009

Frau Beisenherz-Galas erläutert, der Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann habe dem Rat empfohlen, den Beschlussvorschlag mit folgender Änderung zu beschließen:

Im Entwurf der Wahlordnung für die Wahl des Seniorenbeirates der Stadt Bergisch Gladbach soll nach § 6 Ziffer 3. Satz 1 folgender Text eingefügt werden:

Bei der Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten ist der § 12 des Landesgleichstellungsgesetzes umzusetzen: "Kommissionen, Beiräte, Verwaltungs- und Aufsichtsräte sowie sonstige Gremien sollen geschlechtsparitätisch besetzt werden. Bei der Aufstellung von Listen und Kandidaturen für Wahlgremien und -organe soll auf die paritätische Repräsentanz geachtet werden."

Der Sozialausschuss sei der Beschlussempfehlung des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann gefolgt.

Sie empfehle, § 6 Absatz 3 Wahlordnung für den Seniorenbeirat um folgenden Satz zu ergänzen: "Bei der Aufstellung von Listen und Kandidaturen soll auf die paritätische Repräsentanz von Frauen und Männern geachtet werden (§ 12 Landesgleichstellungsgesetz NRW)."

Der Hauptausschuss fasst einstimmig folgende modifizierte Beschlussempfehlung:

- 1. § 6 Absatz 3 Wahlordnung für den Seniorenbeirat wird um folgenden Satz ergänzt: "Bei der Aufstellung von Listen und Kandidaturen soll auf die paritätische Repräsentanz von Frauen und Männern geachtet werden (§ 12 Landesgleichstellungsgesetz NRW)."
- 2. Die Satzung für den Seniorenbeirat der Stadt Bergisch Gladbach und die Wahlordnung für den Seniorenbeirat der Stadt Bergisch Gladbach werden in der Fassung der Vorlage mit der v. g. Ergänzung zu § 6 Ziffer 3. Wahlordnung beschlossen.

12. Anträge der Fraktionen

Es liegen keine Anträge der Fraktionen für den öffentlichen Teil der Sitzung vor.

13. <u>Anfragen der Ausschussmitglieder</u>

Es liegen keine Anfragen der Ausschussmitglieder für den öffentlichen Teil der Sitzung vor.

Frau Beisenherz-Galas schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.